



Kreisverband Stormarn

## **Forderungen des DGB Kreisverbandes Stormarn**

### **zur Kommunalwahl am 6. Mai 2018**

#### **Vorbemerkung**

Auch wenn es dem Kreis Stormarn „gut geht“, heißt dies nicht, dass es allen Menschen im Kreis „gut geht“. So ist die Arbeitslosenquote zwar auf einem bemerkenswerten Tiefstand, aber im Kreis ist die Armut deshalb nicht weniger geworden. Wir erinnern daran, dass z. B. viele Kinder im Kreis unter die Armutsgrenze fallen, Menschen täglich von Energiesperren bedroht sind und nicht jeder junge Erwachsene einen Ausbildungsplatz erhält.

Arbeitsplatzsicherheit, soziale Sicherheit, gute Bildungschancen, gute medizinische Versorgung, bezahlbare Wohnungen, intakte Umwelt und gute Verkehrsverbindungen sind die Aufgabenfelder für die kommunalpolitisch Verantwortlichen. Sie müssen sie ständig weiterentwickeln und an die Bedürfnisse der Menschen anpassen, damit es allen Menschen im Kreis zukünftig besser geht.

Der Kreis selbst ist schuldenfrei und in der Lage, Leistungen für die Stormarnerinnen und Stormarner zu finanzieren. Die Zukunft des Kreises hängt von den Menschen, die im Kreis arbeiten und leben, ab. Geht es ihnen gut, so geht es dem Kreis gut. Die politisch Handelnden müssen verantwortungsvoll das Gemeinwohl gestalten und fördern und den Kreis entsprechend entwickeln. Organisationen, Verbände und Einrichtungen sind gefordert, ihre Bedarfe und Vorschläge in die Diskussion einzubringen. Allerdings sind Einzelinteressen von Verbänden und Organisationen, die nur ihren eigenen Profit im Fokus haben, Absagen zu erteilen.

Unsere Forderungen konzentrieren sich auf Themen, die unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Kreis wichtig sind. Wir würden uns freuen, wenn unsere Ausführungen und Forderungen als Leitfaden für Ihre praktische Politik Berücksichtigung finden.

#### **1. Gute Arbeit und Beschäftigung**

##### **Arbeitsplätze durch Gewerbeansiedlungen**

Der DGB fordert bundesweit „Gute Arbeit“, also Arbeitsplätze, die gut bezahlt, tarifgebunden und unbefristet sind und eine ausgewogene Worklife-Balance gewährleisten. Hierzu gehören Arbeitgeber/innen, für die Regelarbeitszeiten, Gesundheitsschutz und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen selbstverständlich sind; mit anderen Worten: faire und verantwortungsvolle Arbeitgeber/innen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertschätzen.

Als Aufsichtsratsmitglied in der Wirtschaftsaufbaugesellschaft (WAS) trägt der Kreis auch die Verantwortung für das Handeln der WAS.

Deshalb fordert der DGB Stormarn den Kreis bzw. die WAS auf, sich dafür einzusetzen, dass nur Unternehmen mit „Guter Arbeit“ angesiedelt werden, die folgende Kriterien erfüllen:

- Tarifbindung
- produzierender Betrieb, keine Großlagerstätten
- Schaffung von Ausbildungsplätzen
- Beschäftigung Schwerbehinderter
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit
- Unterstützung bzw. Förderung der Gründung von Betriebsräten
- Einhaltung der ILO- Arbeitsnormen auch in ihrer Einkaufskette.

Neben dem viel verwendeten Schlagwort „Fachkräftemangel“ ist der zwingende Blick auf die Arbeits(platz)situation notwendig. So zeigen uns die Erfahrungen und Rückmeldungen betroffener Beschäftigte, dass der Mangel an Fachkräften „hausgemacht“ ist. Deshalb fordert der DGB-Kreisverband:

- Eine kommunale Selbstverpflichtung, öffentliche Aufträge an die Einhaltung der Tarifverträge zu knüpfen und so das Tariftreugesetz des Landes auch auf kommunaler Ebene mit Leben zu erfüllen
- Programme zur Behebung von Defiziten und die Entwicklung von Perspektiven für weniger Qualifizierte und Unqualifizierte zu erarbeiten
- Die Kommunalpolitik setzt sich in den Gemeinden und im Kreis dafür ein, sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit zu unterlassen, damit die Beschäftigten eine Lebensperspektive erhalten.
- Die Kommunalpolitik vermeidet mit einem Beschluss die Beschäftigung von Minijobberinnen und Minijobbern auf kommunaler Ebene. Eine Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung muss gewährleistet sein.
- Bei der Auswahl von Qualifizierungsträgern für Maßnahmen der beruflichen Integration dürfen Dumpinglöhne keine Chance haben. Die Qualität muss im Mittelpunkt stehen. Die Beschäftigungsverhältnisse bei den Trägern ebenso.

### Jugendberufsagentur

Der DGB fordert die Einrichtung einer Jugendberufsagentur im Kreis Stormarn. Damit sie für alle Jugendlichen erreichbar ist, müssen kreisweit Anlaufstellen der JBA geschaffen werden. Neben der Gesamtschau und –beurteilung der Ausbildungssituation im Kreis leitet den DGB bei der Entwicklung einer Jugendberufsagentur das Ziel: „Niemand darf verloren gehen“. Die zentrale Aufgabe der JBA muss es sein, besonders Schülerinnen und Schüler, die noch nicht „reif“ für eine Ausbildung sind, jederzeit eine Erstausbildung zu ermöglichen. Nur so kann ihnen eine Perspektive für eine sichere Zukunft gegeben werden. Eine JBA kann nach Ansicht des DGB nur erfolgreich agieren, wenn eine inhaltliche und organisatorische rechtsübergreifende Arbeitsgrundlage geschaffen wird. So müssen die Jugendhilfe (SGB VIII), die Agentur für Arbeit (SGB III), die Jobcenter (SGB II), die Jugendgerichtshilfe (SGB XII) dezentrale Verantwortung übernehmen. Das Grundgerüst einer JBA muss nach Stärken und Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerüstet sein und nicht „angebotsorientiert“.

Der DGB Kreisverband Stormarn fordert eine grundlegende Beteiligung des DGB Nord und der Gewerkschaften in den JBA-Beiräten und bei der Konzeptionierung.

## **2. Soziale Sicherung**

### Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut im Kreis

Obwohl der Kreis Stormarn zu den reichsten und einkommensstärksten Kreisen in Deutschland gehört, gibt es auch hier Armut. Für Kinder und Jugendliche aus armen Familien (Familien mit Transferleistungsbezug) müssen nachhaltige Verbesserungen ihrer finanziellen Hilfen geschaffen werden. Zudem muss auch der steigenden Altersarmut entgegengetreten werden.

Mieten sind im Hamburger Rand für Normalverdiener kaum noch bezahlbar. Der DGB Kreis Stormarn fordert deshalb mehr kommunalen Wohnungsbau. Nur so ist gewährleistet, dass Wohnen in Zukunft bezahlbar ist und bleibt. Ein reiner sozialer Wohnungsbau ist unserer Ansicht nach nicht ausreichend, da die Sozialbindung nach 15-20 Jahren wegfällt. Der Kreis und seine Gemeinden müssen nachhaltig in Wohnungsbau investieren.

Der DGB-Kreisverband fordert:

- Eine kreisseitige Aufstockung des Bildungs- und Teilhabepakets
- mehr kommunalen Wohnungsbau, auch durch Gründung kommunaler Wohnungsbau-gesellschaften
- Ausschließung von Energiesperren
- Einführung von Sozialtarifen
- Erarbeitung eines Armuts- und Reichtumsberichts für den Kreis
- Daten-Erhebung der Obdachlosigkeit im Kreis und Erarbeitung eines Unterbringungs-konzeptes für Obdachlose
- Ausstattung der Jobcenter mit personellen und finanziellen Mitteln, die eine Umschich-tung der Finanzmittel für Ausbildung und Eingliederung zugunsten der Verwaltungs-kosten nicht mehr notwendig macht
- Verstärkung der Heimaufsicht, damit alte und pflegebedürftige Menschen in Würde le-ben können
- Rekommunalisierung von Alten- und Pflegeheimen sowie des Krankenhauses

## **3. KiTa und Schule**

Die Elternbeiträge zu den Kosten der Kindertagesstätten sind im Kreis teilweise so hoch, dass Eltern sie kaum oder gar nicht tragen können. Auch Schulbildung hängt in Deutschland aktuell nach wie vor vom sozialen Status ab. Damit Schulen unsere Kinder auf ihre Zukunft vorberei-ten können, müssen diese bestmöglich mit modernster Technik und inklusionsgerechter Aus-stattung ausgerüstet werden. Bildung und Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Eltern ab-hängen, Bildung muss kostenfrei von der Krippe bis zu Uni sein!

Der DGB Kreisverband fordert:

- Drastische Senkung der Elternbeiträge für Kita und Schule, verbunden mit dem mas-siven Druck auf Land und Bund, endlich die versprochene Gebührenfreiheit für die Bil-dung zu verwirklichen
- Ergreifung von Maßnahmen, um allen Kindern gleiche Bildungschancen zu gewähr-leisten. Hierzu gehört die kostenlose Schulbeförderung aller Kinder, kostenlose Unter-stützung bei evtl. notwendiger Nachhilfe und bei Bildungsmitteln und Klassenreisen. Hierbei muss überlegt werden, ob die Einrichtung eines Schulmittelfonds sinnvoll ist.
- Stärkung der Schulsozialarbeit, Schulassistenten und Schulbegleitung personell wie fi-nanziell
- Ausstattung aller Schulen mit modernster Technik
- Gewährleistung der Inklusion

#### 4. Migration

In den letzten Jahren sind viele Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber/innen nach Deutschland und auch nach Stormarn gekommen. Der DGB fordert:

- Menschenwürdige Unterbringung und Betreuung
- Umfassender Deutschunterricht für alle Ankommenden
- Intensive Ausbildungs- und Berufsberatung
- Anerkennung der Ausbildungen der Geflüchteten
- Betreuung und Berufsausbildung für jugendliche Geflüchtete
- Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer/innen

#### 5. Gleichstellung

2018 jährt sich die Einführung des Frauenwahlrechts zum 100. Mal. Der DGB nimmt dies zum Anlass, gleichstellungsspezifische Forderungen besonders zu betonen.

Der DGB Kreisverband fordert:

- Eine mit Frauen und Männern paritätische Besetzung aller kommunalen Gremien, Ausschüsse und Beteiligungsgesellschaften (familienfreundliche Bedingungen, Quotierung, Mentoring)
- Kommunales GenderBudgeting und eine ausreichende Unterstützung und Ausstattung der Frauenberatungsstellen
- Fair entlohnte und existenzsichernde Arbeit - auch für Frauen
- Kommunale Aufträge müssen an Vergabekriterien wie tarifliche Bezahlung, Frauenförderung und familienunterstützende Maßnahmen geknüpft werden
- Arbeitszeiten, die zum Leben passen
- Eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch für Grundschul Kinder bei tariflicher Bezahlung der sozialpädagogischen Fachkräfte
- Ausweitung der Kinderbetreuung, Reduzierung der Schließtage
- Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben im Lebensverlauf möglich machen

#### 6. Demokratie und Weltoffenheit

Demokratie und Toleranz sind Querschnittsaufgaben, die immer wieder neu in Angriff genommen werden müssen. Stormarn zeichnet sich seit jeher durch seine Weltoffenheit aus. Der Kreis ist auch geprägt durch Zuwanderung und das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur. Als Teil Deutschlands und der Europäischen Union als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft ist Stormarn den universellen Menschenrechten verpflichtet. Der im Grundgesetz verankerte Schutz der Menschenwürde gilt für alle Menschen, gleich ob sie seit Generationen hier leben, zugewandert oder als Geflüchtete nach Stormarn gekommen sind.

Der DGB Kreisverband fordert daher die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auf, alle Instrumente zu nutzen, um rechtsextremen Aktivitäten und Äußerungen keinen öffentlichen Raum zu geben.

Eine Wahlempfehlung wird der DGB Kreisverband Stormarn nicht geben, denn der DGB und seine Gewerkschaften sind überparteilich.